

**ARGUMENTE****KLIMASCHUTZGESETZ ENDLICH NOVELLIEREN  
– FAHRVERBOTE VERHINDERN****Dafür stehen wir Freie Demokraten:**

Wir wollen Klimaschutz, der die Menschen dauerhaft überzeugt und mitnimmt. Nur so gelingt es uns, unsere ambitionierten Klimaziele als Gesellschaft zu erreichen. Wir wollen keine Verbote – auch nicht im Verkehr. Wir wollen allen Bürgerinnen und Bürgern Angebote machen, die klimafreundlich sind und mit denen sie ihre individuelle Mobilität aufrechterhalten und diese auch bezahlen können. Auf unser Drängen hat das Bundeskabinett im Juni 2023 eine Modernisierung des Klimaschutzgesetzes beschlossen. Obwohl dies auch mit den Stimmen aller Ministerinnen und Minister von Bündnis90/Die Grünen verabschiedet wurde, blockiert die grüne Bundestagsfraktion das Gesetz im Parlament – und zwar seit September. Wir Freie Demokraten sagen den Bürgerinnen und Bürgern offen und ehrlich, was das für Konsequenzen hätte und fordern daher:

- **Novellierung des Klimaschutzgesetzes sofort**
- **Klimaschutz zu einer Querschnittsaufgabe für die ganze Bundesregierung machen**
- **Technologieoffener Klimaschutz ohne Aktionismus und Verbote**

**MEHR  
AUF  
FDP.DE/  
ARGUMENTE****WARUM BRAUCHT DAS KLIMASCHUTZ-  
GESETZ EIN UPDATE?**

Das geltende Klimaschutzgesetz stammt aus der Ära der großen Koalition unter Kanzlerin Angela Merkel. Es war bereits bei seiner Verabschiedung so mangelhaft, dass das Verfassungsgericht einschreiten musste. Mit seinem planwirtschaftlichen Ansatz und den starren Sektorzielen suggeriert es die politische Verantwortlichkeit einzelner Ressorts, wo eine klare und stringente Strategie und Gesamtverantwortung der Bundesregierung vonnöten wären. Die Pflicht, bei Nichterfüllung eines Sektorziels teure Sofortprogramme aufzulegen, sorgt für enorme Kosten, denen nur geringe Einsparungen gegenüberstehen. Um die Sektorziele für den Verkehr allein im Jahr 2024 zu erreichen, müssten laut Projektion 2024 des Umweltbundesamts (UBA) rund 22 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalente ad hoc zusätzlich eingespart werden. Dies entspräche z.B. 15 Prozent der Pkw-Fahrleistung und über 10 Prozent der LKW-Fahr-

leistung in Deutschland. Eine derartige Reduzierung der Verkehrsleistung wäre nur durch restriktive Maßnahmen wie flächendeckende und unbefristete Fahrverbote an Samstagen und Sonntagen möglich. Um das zu verhindern, muss die Reform schleunigst umgesetzt werden.

**WIE WOLLEN WIR DAS KLIMASCHUTZGESETZ  
REFORMIEREN?**

Wir ersetzen die jährlichen, kleinteiligen Sektorziele bei den CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch eine mehrjährige vorausschauende Gesamtrechnung. Das bedeutet: Ein Sektor, in dem es günstiger und schneller möglich ist, CO<sub>2</sub> einzusparen, kann nun einem anderen helfen. So können wir unrealistische Vorgaben in Sektoren wie Mobilität und Gebäuden abwenden, die zu drastischen Eingriffen in den Alltag der Menschen führen würden. Es ist niemandem zu erklären, warum man samstags nicht mehr zum Supermarkt fahren kann oder Lieferketten zusammenbrechen, weil Lkw auch nicht mehr fahren dürfen.



**„WENN WIR DAS KLIMASCHUTZGESETZ NICHT ENDLICH NOVELLIEREN, FÜHRT DAS DAZU, DASS DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER DAS AUTO NICHT MEHR AN SIEBEN TAGEN DER WOCHE NUTZEN KÖNNEN. KLAR IST: MIT MIR WIRD ES KEINE FAHRVERBOTE GEBEN.“**

Dr. Volker Wissing, FDP-Präsidiumsmitglied und Bundesminister für Digitales und Verkehr